

«Initiative gibt nicht nur den Auftrag, sondern auch die nötigen Freiheiten»

Interview Corina Vogt-Beck und Roland Marxer vertreten in Sachen Quote nicht unbedingt die gleiche Meinung - im Initiativkomitee «HalbeHalbe» haben sie aber zusammen- und einen gemeinsamen Nenner gefunden. Im Gespräch mit dem «Volksblatt» erklären sie, was mit der Initiative erreicht werden soll.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Eigentlich heisst der Verein ja «Hoi Quote»: Der Name ist ja schon recht eindeutig. Warum wurde jetzt doch von einer Quote abgesehen?

Corina Vogt-Beck: Die Initiative wurde vom Initiativkomitee «HalbeHalbe» vorgestellt. Dem gehören zwar auch Mitglieder von Hoi Quote an, aber ebenso auch Nichtmitglieder. Das Komitee ist parteiübergreifend.

Wurde von einer Quote abgesehen, aus Sorge, dass eine solche politisch keine Chance hat?

Roland Marxer: Es ist einfach eine Realität, dass man mit der Quotediskussion nicht weiterkommt. Das ist in anderen Ländern ähnlich. Nur gibt es da andere Entscheidungsmechanismen. Bei uns führt das hundertprozentig zu einer Volksabstimmung. Dagegen spricht nichts, aber wir sehen keine realistische Chance, dass mit einer fixierten Quote etwas passiert. Darum ist die Formulierung auch so entstanden. Für mich ist es attraktiv, dass von einem ausgewogenen Verhältnis in politischen Gremien gesprochen wird. Wichtig erscheint mir auch, dass wir im Moment von der politischen Landschaft sprechen und nicht Firmen etwas vorschreiben wollen. Wir machen im Übrigen auch der Politik keine Vorschriften.

Es ist nicht der erste Vorstoss in diese Richtung. Hoi Quote hat bereits vor zwei Jahren eine Petition eingebracht, damit sich die Regierung an ihren eigenen Beschluss hält, dass kein Geschlecht mehr als zwei Drittel der Sitze in einem Gremium erhalten soll. Diese Petition ist wohl eher in der Schublade gelandet - was ist dieses Mal anders?

Corina Vogt-Beck: Die Petition wurde trotz intensiver Diskussion im Landtag an die Regierung überwiesen - dort liegt sie seither.

Roland Marxer: Wir wollen mit der Initiative «HalbeHalbe» ja nicht irgendeine Fixierung. Es steht der Regierung und schlussendlich dem Landtag frei, etwas anderes festzulegen. Wir glauben, wenn Frauen mit am Tisch sitzen, gibt es andere Diskussionen mit neuen Aspekten, die ein Mann so gar nicht im Kopf hat. Warum sollen wir nicht die mehr als 50 Prozent der Bevölkerung berücksichtigen und das Potenzial nutzen?

Frau Vogt-Beck, als neue Gemeinderätin in Triesenberg haben Sie hier



Corina Vogt-Beck und Roland Marxer wollen, dass die Hälfte der Bevölkerung berücksichtigt wird. (Foto: Paul Trummer)

vermutlich auch schon praktische Erfahrungen gemacht. Was sagen die alten Gemeinderäte, hat sich die Diskussionskultur verändert?

Corina Vogt-Beck: Ich bin vorher ja nicht im Gemeinderat gesessen. Aber ich glaube schon, dass es einen Unterschied macht. Bei den Gemeindevahlen war der Wille in der Bevölkerung vorhanden, mehr Frauen in die Politik zu bringen. Das soll jetzt keine Eintagsfliege bleiben und einem gesellschaftlichen Trend geschuldet sein.

Glauben Sie, dass dieser Trend anhält? Ist die Bevölkerung nun einfach sensibilisierter oder hatte man ganz einfach Angst vor einer Quote?

Roland Marxer: Da kann man nur spekulieren. Ich denke, es ist auch ein Generationenproblem. Bei uns im Amt wurde keine einzige Frau angestellt, weil sie eine Frau war, sondern weil sie qualifiziert war. In der Privatwirtschaft wird bei gleicher Qualifikation vielfach der Mann vorgezogen, weil eine Frau einmal Mutter werden könnte. Hinter unseren Überlegungen steckt auch, dass man Familien- und Arbeitsmodelle findet, wo beide Geschlechter die Möglichkeit haben, zu arbeiten.

Corina Vogt-Beck: Auch in solchen Bereichen möchten wir Verkrustungen auflösen. Das eine führt zum anderen. Wenn man gut qualifizierte Frauen haben will, muss man gewisse Rahmenbedingungen verändern.

Das sieht man ja auch am Beispiel des Vaduzer Gemeinderats, in dem neuerdings Frauen sogar in der Überzahl sind. Rein theoretisch, gilt «HalbeHalbe» auch umgekehrt?

Corina Vogt-Beck: Natürlich.
Roland Marxer: Wir sind von einem «HalbeHalbe» noch weit entfernt. Es mag ja mal Einzelfälle geben, wo Männer diskriminiert sind. Darum bin ich auch grundsätzlich gegen eine Quote. Ich will nicht, dass ein Mann bei gleicher Qualifikation diskriminiert wird, weil nun eine Frau an der Reihe ist.

Die Initiative lässt ja bewusst offen, welche Mittel zur Erreichung einer ausgewogenen Geschlechterverteilung gewählt werden. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Initiative auch tatsächlich umgesetzt werden wird?

Roland Marxer: Es wird viel vom Landtag abhängen. Was schlussendlich bei einer Volksabstimmung - und von einer solchen gehe ich aus - herauskommen wird, ist offen. Umso mehr will ich aber, dass man eine faire Diskussion miteinander führt. Das ist aber wirklich das Minimum.
Corina Vogt-Beck: Die Initiative ist ein Kompromiss. Die vorgeschlagene Verfassungsinitiative gibt nicht nur den Auftrag, sondern auch die

nötigen Freiheiten. Daher sehe ich eine grosse Chance, dass die Initiative auch in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist.

Die Regierung ist ja frei in ihrer Mittelwahl, um dem Grundsatz dann gerecht zu werden. Was wären mögliche Massnahmen?

Corina Vogt-Beck: Es gibt ja nicht die eine Quote, sondern verschiedene Modelle. Eine der Schwierigkeiten ist, dass Liechtenstein ein sehr spezielles Wahlsystem hat. Eine Quote wie in anderen Ländern, etwa ein Reissverschluss-

system auf den Listen, lässt sich bei uns gar nicht 1:1 übernehmen. Ich spreche aber lieber von verbindlichen oder fördernden Massnahmen. Es gibt auch andere Ansatzpunkte. Wir haben zum Beispiel einmal den Vorstoss gemacht, dass man den Frauenanteil mit der Parteienfinanzierung verknüpft, etwa durch ein Bonus- oder Malussystem. Mir ist aber auch wichtig, dass es auch zu einer gesellschaftlichen Veränderung kommt.

Roland Marxer: Die Diskussion um die Etablierung auf den Wahllisten findet ja auch in anderen Ländern statt. Da gibt es die grössten Diskussionen, wer oben auf der Liste steht. Denn die Erfahrung zeigt, dass die ersten Namen meist stehen gelassen

werden und der Rest gestrichen. Man könnte also Männer und Frauen alternierend auf die Listen bringen oder, sofern die Partei das will, zuerst alle Frauen aufführen. Ob das von den Wählern auch goutiert wird, müsste man herausfinden. Unter Umständen könnte das bei manchen Wählern auch kontraproduktiv sein.
Corina Vogt-Beck: Aber genau das ist die Diskussion, die wir anregen möchten. Wir möchten ganz bewusst keine pfannenfertigen Massnahmen vorgeben.

Während der Pressekonferenz haben Sie auch betont, dass es nicht darum geht, dass ein Förderungsanspruch entsteht. Aber besteht nicht eventuell die Gefahr, dass jemand klagt, wenn dies so in der Verfassung verankert wird?

Roland Marxer: Konkret klagen wird vermutlich nicht möglich sein. Da müsste man schon eine extreme verfassungswidrige Handlung beweisen können. So gesehen ist die Initiative auch richtig angesiedelt: Auf Verfassungsebene ergibt sich eine Diskussion, ein Gesetz oder eine Verordnung würde bei einer Klage wohl einfach nur gestrichen.

Die FBP hatte bei der Suche nach einem neuen Regierungsmitglied anfangs ja immer nur davon gesprochen, auf der Suche nach geeigneten Kandidaten oder Kandidatinnen zu sein. Nun sind zwei Frauen in engerer Auswahl für den Posten der Regierungsrätin. Was wäre passiert, wenn es sich um Kandidaten gehandelt hätte?

Corina Vogt-Beck: Bei der Regierung gibt es die informelle Quote, dass mindestens zwei Mitglieder weiblich sind. Wenn sie dem nicht gefolgt wären, wäre der Verein Hoi Quote sicher aktiv geworden. Aber ich muss nochmals betonen, es gibt eine klare Trennlinie zum Initiativkomitee «HalbeHalbe».

Roland Marxer: Es ist eine schwierige Situation. Es brauchte eine schnelle Lösung für kurze Zeit, dann muss die betreffende Person auch noch einwilligen. Schliesslich geht jede Person, die für den Posten infrage kommt, das Risiko ein, bei den nächsten Wahlen wieder weg vom Fenster zu sein. Theoretisch könnte die Bürgerpartei also sagen, dass sie in dieser kurzen Frist keine Frau gefunden haben. Mich würde das aber stören. Eine derzeitige Regierungspartei sollte es sich einfach nicht leisten, nicht mindestens eine Frau in der Regierung zu haben.

ANZEIGE

JA zu mehr Charme.